

Der Verteidigungskampf der Mieter.

Dem Mieterschutz droht aber eine ernste Gefahr. Man täte unrecht, sich sie zu verhehlen. Die Hausbesitzer, in Vereinen und Verbänden ausgezeichnet organisiert, rüsten sich zum Sturmangriff gegen eine Verordnung, die ihren Vorteilen so schaurig entgegenträuft. Sie werden ihren ganzen, nicht geringen Einfluß geltend machen und es wird den Freunden der Verordnung im Schoße der Regierung nicht leicht sein, sich diesem Einflusse zu widersetzen. Es ist deshalb höchste Zeit, daß ein Gegengewicht geschaffen werde, damit sich die Freunde der Verordnung auf die Wünsche und Bedürfnisse der Mieter berufen und stützen können. Leider scheint es an umfangreichen Vereinigungen der Mieter, deren Stimme Gewicht hätte, zu mangeln; zumindest hat man noch nichts von ihnen in der Öffentlichkeit vernommen. Wir vom „Neuen Abend“ halten es deshalb für unsere wichtigste Aufgabe, den Mietern, für deren Interessen wir jederzeit eingetreten sind, auch die Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Stimme zu bieten. Eine große Versammlung soll dazu dienen. Da es die geltenden Ausnahmsbestimmungen nicht zulassen, daß wir sie einberufen, so hat sich die Gesellschaft für soziales Recht in Würdigung der Wichtigkeit des Gegenstandes bereit erklärt, die Versammlung einzuberufen, die schon als gemeinschaftliche Veranstaltung anzusehen ist.

Die Versammlung wird Sonntag, den 20. d. M., um 10 Uhr vormittags, im Konzerthause stattfinden. Unser Mitarbeiter Carl Colbert wird sich in der einleitenden Rede mit den wirtschaftlichen, sittlichen und sozialen Seiten des Mieterschutzes beschäftigen und die Frage insbesondere auch vom Standpunkte der Untermieter behandeln.

Dr. Julius Dfner hat es ungeachtet seiner großen Beanspruchung im Abgeordnetenhaus und im Justizauschusse übernommen, den rechtlichen Teil zu besprechen. Es wird eine Versammlung werden, die die Interessenten des Mieterschutzes mit berechtigten Hoffnungen erfüllen und den Gegnern die Aussichten auf Erfolg verringern wird.

Wir bitten also alle, die von einer Aufhebung oder auch von einer Abschwächung des Mieterschutzes wirklich bedroht wären, alle die erkannt haben, daß es Pflicht ist, sich zur Wehre zu setzen und mehr von Selbsthilfe, als von Hilfe von oben zu erwarten, für einen Massenbesuch der Versammlung vom 20. Oktober tätig zu sein.